



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

17. Februar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

rabiante Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen immer mehr zu. Deshalb haben wir in dieser Woche ein unmissverständliches Signal gesetzt, dass wir die Gewalt gegenüber Einsatzkräften nicht hinnehmen. Endlich ist die SPD der langjährigen Forderung der Union gefolgt, einen besseren Schutz nicht nur in Sonntagsreden einzufordern, sondern auch mit Hilfe des Strafrechts durchzusetzen. Mit dem Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches soll der **Schutz für Polizisten und Rettungskräfte** weiter verbessert werden. Der neu aufgenommene Straftatbestand nennt sich „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“. Nun werden tätliche Angriffe auch bei allgemeinen Diensthandlungen, wie zum Beispiel Verkehrskontrollen, gesondert unter Strafe gestellt. Diese werden als besonders schwerer Fall eingestuft, wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, auch ohne tatsächliche Verwendungsabsicht.

In mehreren Gesprächen mit örtlichen Polizeibeamten bestätigten mir diese den bundesweiten Trend, dass die Gewalt insbesondere gegenüber Polizisten zugenommen hat. Unsere Polizisten und die Hilfskräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste verdienen unseren Respekt und unsere Wertschätzung. Daher begrüße ich diese strafrechtliche Regelung, die neben vielen weiteren Maßnahmen, die ich in meinem letzten Bericht thematisiert habe, zur Stärkung unserer Polizei beiträgt.

Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung

Das Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz wurde am Donnerstag abschließend beraten. Damit verbessern wir die Heil- und Hilfsmittelversorgung für gesetzlich



Krankenversicherte, stärken die Beratungs- und Informationsrechte der Versicherten über Leistungsansprüche und Versorgungsmöglichkeiten und bringen eine fortlaufende Aktualisierung des Hilfsmittelkataloges auf den Weg.

Der zuständige
Berichterstatter
der CDU/CSU-
Bundestags-
fraktion, mein
Kollege Dr. Roy
Kühne MdB, war
im letzten Jahr in



Soltau zu Gast. Dort haben wir das Thema gemeinsam mit einem Fachforum hinsichtlich der Detailregelungen und Auswirkungen des Gesetzentwurfes sowie die Rolle der Heil- und Hilfsmittelerbringer diskutiert. Ich freue mich, dass dieses Gesetz nun beschlossen ist.

**Ausweitung des Maßregelrechts bei
extremistischen Straftätern**

Wir haben in dieser Woche einen Gesetzesentwurf beraten, der vorsieht, die Anwendung der sogenannten elektronischen Fußfessel bei verurteilten extremistischen Straftätern nach der Entlassung in zwei Punkten auszuweiten. Diese Überwachung soll nun auch bei zahlreichen weiteren Vergehen in Zusammenhang mit Terrorismus (z.B. Vorbereitung, Finanzierung oder auch Werben um Mitglieder für eine terroristische Vereinigung) nach der Verbüßung von Haftstrafen möglich sein. Darüber hinaus sollen für die Anordnung künftig zwei, statt wie derzeit drei Jahre Haft ausreichend sein. Meiner Meinung nach sollte darüber hinaus nach einer Möglichkeit gesucht werden, diese Straftäter – sollten sie nicht deutsche Staatsbürger sein – noch schneller abzuschieben.

Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen

Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Niemand möchte, dass die Töchter schlechter bezahlt werden als die Söhne. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, haben wir nun ein Entgelttransparenzgesetz beraten, um das Verbot der Lohndiskriminierung in der Praxis durchzusetzen und um zu ermöglichen, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Bezahlung leichter erkannt und beseitigt werden kann.

Nachtragshaushaltsgesetz 2016

In abschließender Lesung haben wir die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass der Bund buchungstechnisch noch im Jahr 2016 zusätzliche 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen bereitstellen kann. Die konkreten Voraussetzungen für das neue Förderprogramm werden im Rahmen einer Änderung des Grundgesetzes und weiterer Gesetze geregelt. Dieses Vorhaben ist in dieser Woche in die erste Lesung gegangen.

Änderung des Düngegesetzes

Im Rahmen des nationalen Aktionsprogramms zum Schutz von Gewässern und Böden haben wir ein neues Düngegesetz erlassen. Dazu wurden in abschließender Lesung notwendige Ergänzungen und Erweiterungen des Düngegesetzes sowie der darin enthaltenden Verordnungsermächtigung verabschiedet.

Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise

In einem Krisenfall muss die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt sein. Daher haben wir das Ernährungssicherstellungsgesetz und das Ernährungsvorsorgegesetz zu einem einheitlichen Gesetz zusammengefasst. Auf diese Weise wird ein koordiniertes Krisenmanagement gewährleistet.

„Bauernregeln“-Kampagne von Hendricks

Barbara Hendricks hat mit ihren „Bauernregeln“ aus dem SPD-geführten Bundesumweltministerium für großen Ärger unter den Landwirten gesorgt. Mit dieser Aktion werden die Landwirte unnötig und pauschal diffamiert.

Zurecht hat das Ministerium diese Kampagne nun nach massiver Kritik zurückgenommen. So kann kein zielführender Dialog darüber geführt werden, wie Landwirtschaft und Naturschutz miteinander zu vereinen sind.

Und sonst?

Aktion Rote Hand: Ich habe diese Woche gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen ein Zeichen für den Kinderschutz gesetzt. Die gesammelten roten Handabdrücke werden der UN-Sonderbeauftragten für Kinder und bewaffnete Konflikte als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersandt.



Ich werde künftig neben meinen Bürgersprechstunden vor Ort regelmäßig eine **Telefonsprechstunde** anbieten und auf Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger eingehen.

Am Mittwoch hat meine erste Sprechstunde stattgefunden.

In der nächsten Woche...

...fahre ich mit dem Bezirksverband Elbe-Weser für zwei Tage nach Brüssel, dort treffe ich unter anderem meinen Kollegen David McAllister MdEP. Des Weiteren werde ich in Buchholz und bei der Niedersächsischen Tafelrunde in Rotenburg sein. Am Freitag freue ich mich, meinen Kollegen Uwe Schummer MdB zu einem Fachgespräch zum Thema Bundesteilhabegesetz in Rotenburg begrüßen zu dürfen.

Weitere Termine in der kommenden Woche im Wahlkreis finden Sie auf meiner Homepage.

Ihre

Kathrin Rösel MdB